

Absender:

Fraktion der Piratenpartei im Rat der Stadt

16-02940
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Jährliche Berichterstattung an Finanz- und Personalausschuss über Remonstrationen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

20.08.2016

Beratungsfolge:

Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)

01.09.2016

Status

Ö

Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

06.09.2016

N

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung erstattet jährlich den Mitgliedern des Finanz- und Personalausschusses Bericht über die Anzahl an Remonstrationen innerhalb der Stadtverwaltung aufgeschlüsselt nach

- Dezernaten und
- der Anzahl der akzeptierten Remonstrationen,
- der Anzahl der Remonstrationen, die zu Disziplinarverfahren, Sanktionen oder Versetzungen führten.

Begründung:

Nach § 36 Abs. 1 und 2 Beamtenstatusgesetz tragen Beamtinnen und Beamte für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich auf dem Dienstweg geltend zu machen (sog. Remonstration).

Ein derartiger Bericht ist geeignet

- Sachgebiete aufzuzeigen, die einer eindeutigen Regelung, ggf. durch städtische Satzung bedürfen.
- So fern vorhanden, Konfliktpotentiale innerhalb von Verwaltungsabteilungen aufzuzeigen, die der Aufmerksamkeit des Finanz- und Personalausschusses bedürfen.

Anlagen:

keine